



Nächste Generation Mittelstand

1. Fachkräftebedarf

- **Bildung:** Ganztagschulen fördern, Unterrichtsausfälle durch Lehrkräfte-Reserven vermeiden, zusätzliche Mittel für Schulen in schwierigen sozialen Lagen, bessere Förderung für Kinder mit anderen Herkunftssprachen.
- **Berufsorientierung:** Verbindliche Praktika ab Klasse 7, Mentoring-Projekte ausbauen, Praktikumsprämie (120 €/Woche).
- **Berufliche Schulen:** Etat für Ausstattung und Fortbildung erhöhen, Ausbildungsinhalte modernisieren, gewerkeübergreifende Schulungsstätten einrichten.
- **Weiterbildung:** Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung (5 Tage/Jahr) einführen.
- **Frauenförderung:** Ausbau der Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen.
- **Inklusion:** Bessere Bedingungen für Schwerbehinderte
- **Zuwanderung:** Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigen, Visaverfahren beschleunigen, Welcome-Center schaffen, Potenzial-Checks für Geflüchtete einführen, keine Abschiebung vom Arbeitsplatz.

2. Nachfolge

- **One-Stop-Shops:** Zentrale Anlaufstellen für Nachfolge.
- **Bildung und Sensibilisierung:** Nachfolge in Schulen und Hochschulen stärker thematisieren, Schulungen für Nachfolger*innen fördern.
- **Netzwerke und Beratung:** Regionale Nachfolgenetzwerke ausbauen, Beratung für Kleinunternehmen verbessern.
- **Förderprogramme:** Vereinfachung und bessere Zugänglichkeit für KMUs.
- **Steuergerechtigkeit:** Verschonungsregelungen für sehr große Erbschaften abschaffen, Stundungsregelungen für Betriebsvermögen einführen.

3. Startups

- **Gründungsförderung:** Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker einbinden, Experimentierräume für Technologien schaffen.
- **Internationale Kooperation:** Wissenschaftskooperationen ausbauen, z. B. mit einem Hochschulzentrum für den Nahen Osten.
- **Zusammenarbeit verbessern:** Gründerzentren und Cluster-Initiativen stärker nutzen, Startups bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigen.
- **Digitalisierung:** Behördliche Verfahren vereinfachen und digitalisieren.
- **Fachkräfte:** Hightech-Trainings und Willkommenszentren für ausländische Fachkräfte.
- **Nachhaltigkeit:** Förderung von Green Startups und nachhaltigen Geschäftsmodellen.
- **Gründerinnen fördern:** Netzwerke für Frauen stärken, spezifische Förderprogramme und Wagniskapital schaffen.
- **Bildung:** Entrepreneurship in Schulen und Hochschulen verankern.

4. Allgemeine Standortbedingungen

- **Verwaltungsdigitalisierung:** Voll digitale Verwaltungsverfahren, Bürokratieabbau durch print@home-Genehmigungen und Praxis-Checks.
- **Erneuerbare Energien:** Netzausbau und dynamische Stromtarife fördern, Investitionshilfen für klimafreundliche Produktion.
- **IT-Sicherheit:** Beratung für Unternehmen und zentrale Anlaufstellen einrichten, Anreize für Informationssicherheitskonzepte schaffen.



Dekarbonisierung und die damit einhergehende Energiewende, Digitalisierung, Globalisierung, die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen sowie der demografische Wandel: Das sind die großen Herausforderungen, denen sich die Wirtschaft bereits heute stellen muss und die sich in den nächsten Jahren noch verschärfen werden. Die bayerischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter*innen arbeiten bereits heute pragmatisch an der Bewältigung dieser Herausforderungen. Jetzt gilt es, politische Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bayern zu schaffen.

Mittelständische Unternehmen kämpfen in vielen Bereichen mit anderen Herausforderungen als Großunternehmen. Besonders der Arbeits- und Fachkräftemangel, der große Bürokratieaufwand, die sich verändernden technologischen Anforderungen und die Nachfolgelücke erschweren die Entwicklung im Mittelstand. Da wollen wir unterstützen, damit die Innovationskraft, die Arbeitsplätze und der Wohlstand in Bayern bleiben.

1. Fachkräftebedarf

Laut aktuellen Fachkräftenradar der IHK München wird die Arbeitskräftelücke in Bayern bis 2027 voraussichtlich auf 176.000 steigen. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) könnten sich diese Zahlen bis 2030 verfünffachen, wenn wir nicht entsprechend gegensteuern. Das Fehlen von Arbeits- und Fachkräften führt dazu, dass Produktions- und Wachstumspotenziale nicht genutzt werden können und die Unternehmen nicht weiter investieren. Der jährliche volkswirtschaftliche Verlust durch die ausfallende Wertschöpfung beträgt in Bayern laut IHK jetzt schon 17 Milliarden Euro.

Unsere Maßnahmen:

Die Schulbildung legt den späteren Karriereweg fest, durch ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen erhalten Kinder mehr Zeit fürs Lernen und Leben. Wir müssen Unterrichtsausfälle vermeiden, indem wir die mobilen bzw. integrierten Reserven aufstocken, flexible Lösungen für Lehrkräfte schaffen, die z.B. stundenweise während der Elternzeit unterrichten wollen, Angebote der Nachqualifizierung für Lehrkräfte anderer Schularten schaffen und schulartübergreifenden Einsatz von Lehrkräften ermöglichen. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen müssen auch mehr Mittel und Personal erhalten. Generell gilt: Wir wollen eine 110-prozentige Lehrkräfteversorgung an jeder Schule. Kinder mit anderen Herkunftssprachen brauchen die gleichen Chancen wie Kinder aus deutschsprachigen Familien. Hier schaffen wir bessere Bedingung durch mehr und bessere Unterstützungsangebote, angefangen im frühkindlichen Bereich.

Die Berufsorientierung muss stärker an den individuellen Neigungen und Interessen der Jugendlichen ansetzen und die verschiedenen Berufe für Jugendliche erlebbar machen. Wir fordern zwei Wochen Praktikum pro Schuljahr, insbesondere in Ausbildungsberufen, verbindlich ab der 7. Klasse in allen Schularten, zusätzlich braucht es eine Stärkung von berufspraktischen Inhalten und der Ausbildungsberatung. Wir wollen Pilot-Projekte der Mentoring-Begleitung für den Übergang von Schule in den Beruf zu flächendeckenden Angeboten ausbauen.

Wir wollen eine Praktikumsprämie in Höhe von 120 Euro pro Woche für Schüler*innen, die in ihren Ferien ein mindestens einwöchiges Praktikum in einem Ausbildungsbetrieb absolvieren. Damit bekommen Schüler*innen einen Einblick in berufliche Praxis und lernen verschiedener Ausbildungsberufe kennen, zusätzlich entstehen wertvolle Kontakte zu Ausbildungsbetrieben.

Berufliche Schulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten brauchen einen ausreichenden Etat für Ausstattung und Fortbildung. Eine optimale Ausstattung ist das A und O für einen modernen Unterricht. Die schnell fortschreitende Weiterentwicklung der Technologien und Produkte erfordert eine kontinuierliche Anpassung der Lehr- und Lernbedingungen, deshalb wollen wir gewerkeübergreifende Schulungsstätten (Energiehaus, Reallabor), an denen alle „energetischen Handwerke“ gemeinsam für die neuen Aufgaben qualifiziert werden. Auch die Ausbildungsinhalte müssen modernisiert und kontinuierlich weiterentwickelt werden, um die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu steigern.

Weiterbildung und der daraus resultierende Wissen- und Kreativitätszuwachs helfen Beschäftigten und Unternehmen gleichermaßen – deshalb braucht auch Bayern einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung für alle Arbeitnehmer*innen. Beschäftigte sollen bezahlte Freistellung zum Zwecke der beruflichen, der allgemeinen, der politischen Bildung und der Bildung für das Ehrenamt bekommen. Diese sollen dabei frei wählen können, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen wollen, und dafür jedes Jahr fünf bzw. zehn Tage in zwei Jahren nutzen können.



Die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen scheitert häufig an den fehlenden Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Würden bzw. könnten die Frauen in Deutschland so arbeiten wie die in Schweden, dann entspräche das laut Wissenschaftlichem Beirat des BMWK 2,5 Millionen zusätzlichen Erwerbstätigen. Notwendig sind daher der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Bildungsangebote. Wir brauchen massive Investitionen in Kita-Fachkräfte - Bayern ist hier deutschlandweit Schlusslicht. Uns fehlen derzeit rund 19.000 bis 24.000 pädagogische Kräfte in den bayerischen Kitas. Express-Fortbildungen sind dabei nicht die alleinige Lösung, sondern wir müssen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen deutlich verbessern und endlich mehr Geld investieren, um die Qualität der frühkindlichen Bildung zu erhöhen.

Das Fachkräftepotential durch Inklusion wird immer noch unterschätzt. In Deutschland gibt es etwa 3,1 Millionen Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter, ein großer Teil dieser potenziellen Arbeitskräfte ist bislang nicht in den Arbeitsmarkt integriert. Menschen mit Behinderungen sind häufig überdurchschnittlich gut qualifiziert. So hatten im Jahr 2023 etwa 53 Prozent der arbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung einen Berufs- oder Hochschulabschluss. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von inklusiven Arbeitsplätzen schaffen, z.B. durch Außenwohngruppen, Praktika, Betreuung und finanzielle Zuschüsse.

Eine BIBB-Studie zeigt, dass nur etwa jede zweite zuwandernde Person langfristig in Deutschland bleibt. Wir müssen dringend an unserer Willkommenskultur arbeiten, die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen beschleunigen, ein garantiertes Bleiberecht nach der Ausbildung schaffen und intensiv um internationale Absolvent*innen von bayerischen Hochschulen werben.

Um bayerischen Unternehmen und ausländischen Fachkräften den Weg in den bayerischen Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollen wir analog zur Internetseite „Make it in Germany“ eine Plattform für ausländische Fachkräfte „Make it in Bavaria“ schaffen und landesweit Beratungszentren aufbauen, wo alle Fragen um die Zuwanderung schnell und unbürokratisch beantwortet werden können. Diese Welcome-Center sollen Unternehmen beraten und unterstützen: bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften im Ausland, bei rechtlichen Belangen und notwendigen Unterlagen für Einreise und Aufenthalt. Für Menschen, die sich für Bayern als ihren neuen Arbeits- und Lebensmittelpunkt entschieden haben, sollen diese Zentren als erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um ihr neues Leben in Bayern dienen. Die Bundesregierung hat das Verfahren bei der Visa-Vergabe mit dem Auslandsportal komplett digitalisiert, aber viele Ausländerbehörden können die Daten aus dem Portal nicht verarbeiten. Um das Verfahren auch vor Ort zu beschleunigen, brauchen wir eine Anpassung der Verfahren der Ausländerbehörden z.B. durch E-Aktensysteme und Digitalisierung der Anerkennungsverfahren.

Eine große Zahl von Geflüchteten kann zu unserem Wohlstand beitragen. Deshalb wollen wir sie vom ersten Tag in Arbeit bringen. Dafür führen wir einen Potenzial-Check für alle arbeitsfähigen Geflüchteten ein. Der Potenzial-Check findet beim ersten behördlichen Kontakt in den ANKER-Einrichtungen statt. Aufgebaut und organisiert wird er von den Praktiker*innen wesentlicher berufsständischer Organisationen und sozialen Trägern. Nach dem Potenzial-Check kann über sie auch ein Arbeitsverhältnis, eine Ausbildung oder ein für alle im arbeitsfähigen Alter verpflichtendes Praktikum vermittelt werden. Immer noch finden Abschiebungen bereits integrierter Geflüchteter direkt vom Arbeitsplatz aus statt. Hier müssen die Ausländerbehörden ihren Ermessensspielraum im Sinne der Unternehmen nutzen und von Seiten der Staatsregierung gefördert, aber auch kontrolliert werden.

2. Nachfolge

Eine enorme Herausforderung für die Unternehmen stellt das Thema Nachfolge bzw. Übergabe dar. Zwischen 2022 und 2026 stehen in Bayern fast 36.500 Betriebe mit über 600.000 Beschäftigten vor einer generationenbedingten Übergabe.

Unsere Maßnahmen:

One-Stop-Shops als spezifische Anlaufstellen für Nachfolger*innen können Organisation und Ablauf der Nachfolge zentralisieren, so dass nicht mit zahlreichen verschiedenen Institutionen kommuniziert werden muss.

Das Thema Nachfolge soll vermehrt in Hochschulen und Berufsschulen diskutiert werden. Die Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen kann langfristig sicherstellen, dass mehr junge Menschen auf die Unternehmensführung vorbereitet werden und Interesse an einer Unternehmensnachfolge entwickeln.



Zusätzlich benötigen wir mehr Schulungs- und Weiterbildungsangebote, um potenzielle Nachfolger*innen optimal auf ihre neue Rolle vorzubereiten.

Unternehmensnachfolge als Karriereoption muss mehr in die Öffentlichkeit rücken. Mit Sensibilisierungskampagnen wollen wir junge Menschen ermutigen, eine Unternehmensnachfolge als attraktive Karriereoption in Betracht zu ziehen.

Wir fördern regionale Nachfolgenetzwerke für Nachfolger*innen, die sowohl Austausch als auch Unterstützungsmöglichkeiten bieten und eine Plattform für Kooperation und Wissenstransfer schaffen. Hier wollen wir verstärkt die Kooperation zwischen den Berater*innen aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich fördern.

Die bereits vorhandenen Beratungsprogramme müssen sich stärker an Kleinunternehmen mit ein bis neun Beschäftigten wenden. Denn drei von vier Unternehmensübergaben werden in dieser Unternehmensgröße erfolgen. Hier sind die Herausforderungen des Generationswechsels besonders groß.

Wir müssen die bayerischen Förderprogramme entschlacken vereinfachen und so konzipieren, dass es kleinen und mittleren Unternehmen möglich ist, daran zu partizipieren, ohne dass sie teure externe Förderberatung in Anspruch nehmen müssen.

Wir brauchen endlich ein Konzept, um die Ergebnisse aus der angewandten Wirtschaftsforschung, die durch Fördermittel des Freistaates mitfinanziert werden, den Unternehmen in Bayern zur Verfügung zu stellen, denn von neuen Technologien, Verfahren und Geschäftsmodellen profitieren auch Unternehmer*innen, die ihren Betrieb erfolgreich in die Zukunft führen wollen.

Kleinere Erbschaften, und das sind die meisten, sind heute über Freibeträge von der Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit – was wir befürworten und sogar stärken wollen. Sehr hohe Vermögen (über 26 Millionen) können durch Ausnahmen oft komplett steuerfrei vererbt werden, während mittlere Erbschaften verhältnismäßig stärker belastet werden. Das ändern wir durch die Abschaffung der sogenannten Verschonungsregelungen für sehr große Erbschaften und der 10-Jahres-Frist. Für mehr Steuergerechtigkeit in Einklang mit dem Schutz von Arbeitsplätzen müssen großzügige Stundungsregelungen bei Betriebsvermögen ermöglicht werden. Das gilt insbesondere für Unternehmen in der Transformation. Dafür werden wir uns auf der Bundesebene einsetzen.

3. Startups

Existenzgründungen sind das Lebenselixier einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen für Wettbewerb um die besten Ideen. Neue Unternehmen sind häufig innovativ, sie erhöhen den Druck auf etablierte Firmen, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Für uns ist wichtig, dass auch künftig eine breite Palette an Maßnahmen für Existenzgründer*innen und Startups zur Verfügung steht.

Unsere Maßnahmen:

Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen spielen eine wichtige Rolle für die Startup-Landschaft in Bayern. Wir wollen die Gründungsförderung an Hochschulen weiter ausbauen, in die Fläche bringen und die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten verbessern. Wir wollen Experimentierräume für neue Technologien und Anwendungen schaffen. Dafür müssen z.B. Haftungs- und Versicherungsfragen geklärt und Anpassung im Landesrecht vorgenommen werden.

Der Blick über den Tellerrand fördert Kreativität und Innovationen, deshalb wollen wir internationale Wissenschaftskooperationen ausbauen. Das Modell der Hochschulzentren, die Unterstützung für Hochschulen und Forschungsinstitutionen geben, bietet sich dafür an. Als erstes Beispiel möchten wir ein Bayerisches Hochschulzentrum für den Nahen und Mittleren Osten anregen, dessen Kern die bisher schon existierenden Kooperationen insbesondere mit Partnerinstitutionen in Israel sein soll.

Wir müssen die Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Startups und etablierter Wirtschaft verbessern. Laut aktuellem Startup-Monitor des Startup-Verbandes bewerten nur 37,5 Prozent der Startups die Kooperationsmöglichkeiten mit etablierten Unternehmen positiv und damit nochmal weniger als im Vorjahr (40,5 Prozent). Hierfür wollen wir die Gründerzentren und auch die Cluster-Initiativen des Freistaates besser nutzen.

Wir brauchen eine durchgehende Digitalisierung aller Verfahren, vor allem bei Antragsverfahren, bei der Standardisierung von Datenanfragen und Kommunikation zwischen den Behörden, eine Reduktion der



Dokumentationsanforderungen sowie Vereinfachung der Berichtspflichten bei Förderprogrammen, wie z.B. bei Zuschüssen über Bayern Innovativ.

Startups müssen endlich bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen mehr berücksichtigt werden. Hierfür müssen Kriterien und Anforderungen bei öffentlichen Ausschreibungen entsprechend ausgestaltet werden, so dass das Innovationspotenzial von jungen Unternehmer*innen berücksichtigt wird. Leitfäden, die sich gezielt an Startups und Scale-ups wenden, stellen hier z. B. eine Möglichkeit dar.

Der Fachkräftemangel macht auch bei Startups nicht halt. Dem wollen wir durch Hightech-Trainingsprogramme begegnen, indem u.a. entsprechende Weiterbildungsangebote in Software-Entwicklungs-, Künstliche-Intelligenz- und Fertigungskompetenzen, z. B. an allen bayerischen Gründerzentren, angeboten werden.

Gerade Startups sind in hohem Maße auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Auch hierbei helfen die oben beschriebenen von uns geforderten Welcome-Center, die als erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um das neue Leben in Bayern dienen und Informationen über das Leben und Arbeiten in Bayern anbieten sowie Willkommenspakete bereitstellen.

Wir brauchen Verbesserung bei der Überführung von Forschungsergebnissen in die kommerzielle Anwendung, indem bei Ausgründungen die Übertragung von Nutzungsrechten an geistigem Eigentum (Intellectual Property) erleichtert wird.

Gerade grüne Startups haben in vielen Märkten mit besonders hohen Barrieren zu kämpfen und werden bislang für ihre herausragende Nachhaltigkeitsperformance oftmals nicht belohnt und zum Teil sogar in der Gründungsförderung benachteiligt. Deshalb wollen wir die Förderung und Unterstützung von Green Startups, die mit ihren nachhaltigen Geschäftsmodellen einen bedeutenden Beitrag zur Transformation vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Energieversorgung und Kreislaufwirtschaft leisten, verbessern. Hierfür wollen wir die Förderprogramme entsprechend anpassen.

Frauen sind bei den Startup-Gründungen immer noch sehr unterrepräsentiert. Mit einem Gründerinnenanteil von 19 Prozent lag Bayern 2023 noch hinter dem Bundesdurchschnitt von 21 Prozent und der Anteil hat laut aktuellem Startup-Monitor 2024 deutschlandweit sogar wieder abgenommen. Wir müssen bei der Förderung von Startup-Gründerinnen frühzeitig durch digitale Bildung und MINT-Förderung für Mädchen ansetzen. Gründerinnen müssen beim Aufbau von Kontakten und Netzwerken und Verbesserung des Zugangs zu Investor*innen-Netzwerken unterstützt werden und wir brauchen Förderprogramme und Wagniskapital, die sich explizit an Gründerinnen wenden. Hier wollen wir die bayerischen Programme entsprechend anpassen. Und letztendlich brauchen eine gute und verlässliche Ganztagsbetreuung für Kinder.

Wir wollen Gründergeist in der Bevölkerung stärken. Dafür setzen wir auf lösungsorientierte Ansätze und Kreativität, also auf ein Bildungssystem, in dem Neues ausprobiert werden darf, ohne dass der Leistungsdruck und die Angst vor dem Scheitern dominieren. Durch eine Stärkung von freiwilligen Projekten wie Startup-Teens sollen junge Menschen mit Gründer*innen in Kontakt kommen. Außerdem soll Entrepreneurship an Hochschulen auch jenseits der Wirtschaftswissenschaften eine Rolle spielen und in interdisziplinären Gruppen in Praxisprojekten ausprobiert werden.

4. Allgemeine Standortbedingungen

Wir müssen unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen wettbewerbsfähig halten. Dafür müssen auch die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Unsere Maßnahmen

Wir brauchen eine Digitalisierung der Verwaltung und nicht nur die Digitalisierung einzelner Prozesse, denn nur das führt zu voll digitalen Verwaltungsfahren und damit zu weniger Bürokratie für Unternehmer*innen. Damit entlasten wir vor allem kleine und mittlere Unternehmen, auch bei Übergabe in die nächste Generation. Laut einer aktuellen Ifo-Studie wäre die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 96 Milliarden Euro pro Jahr höher, würde Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf das Niveau von Dänemark aufschließen. Wir wollen das ändern und schaffen in allen Staatsministerien eine Stabsstelle Bürokratieabbau, die direkt auf Ebene der Staatsminister*innen angegliedert ist. Die Mitarbeiter*innen kümmern sich um das Change Management der jeweiligen Behörde, erarbeiten konkrete Vorschläge für bürokratische Entlastungen und unterstützen dabei den notwendigen Kulturwandel in der



Verwaltung. Dieser Kulturwandel ist ein längerfristiger und grundlegender Prozess, der nicht von oben verordnet, aber von der Organisationsspitze aus gefördert und begleitet werden muss.

Entbürokratisierung braucht Weitsicht. Wir müssen besser darin werden, Bürokratie abzubauen, ohne an anderer Stelle neuen bürokratischen Aufwand zu verursachen, wie es beim Ersten Modernisierungsgesetz der Bayerischen Staatsregierung der Fall ist. Vor allem der Wegfall von Schriftformerfordernissen sowie die Digitalisierung, Beschleunigung und Entlastung von Genehmigungsverfahren bringt Erleichterung für die Unternehmen. Mit Praxis-Checks bei der Erarbeitung neuer Rechtsetzungsvorhaben werden zudem die Perspektiven der Bezirksregierungen als Genehmigungsbehörden und der Unternehmen als Antragsteller zielführend einbezogen. Berichtspflichten können umfassend gestrichen werden. Die Staatsregierung hat auf diesem Feld mit ihrem Statistikmoratorium am Ende nur sechs Statistiken gestrichen; fünf weitere sollen für zwei Jahre nicht mehr erhoben werden - und keine davon betrifft die Wirtschaft und bringt Erleichterung.

Unsere Unternehmen müssen sich wieder mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Deshalb führen wir print@home-Genehmigungen ein. Per KI-Tool werden Anträge in den Behörden auf Plausibilität und Unternehmenskennzahlen geprüft und online zum Selbstabruf freigegeben. Die print@home-Genehmigungen können z. B. bei Arbeitsgenehmigungen oder Bauanträgen nach Bebauungsplan greifen. Weitere Einsatzmöglichkeiten von print@home-Genehmigungen wollen wir prüfen.

Wir wollen die Erneuerbare Energien in Bayern weiter und so rasch wie möglich auszubauen. Denn dies minimiert die Erzeugungskosten für jede Kilowattstunde. Darüber hinaus wollen wir eine Halbierung der Netzentgelte und die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum. Dynamische Stromtarife sind ein Weg in eine effiziente Energiezukunft. An immer mehr Stunden senken Wind und Sonne die Strompreise massiv. Im Verteilnetz gilt es die Möglichkeiten und Kapazitäten des Netzes vollständig auszunutzen. Durch intelligente Steuerung, den Ausbau netzdienlicher Speicher, durch Monitoring der Temperaturen der Freileitungen und durch Mehrfachnutzung von Netzpunkten sollen die Netzkapazitäten deutlich erhöht werden. Und das bei gleichzeitig geringer finanzieller Mehrbelastung. So bekommen wir den erneuerbaren Strom schneller ins Netz und bauen parallel größere, längerfristige Infrastrukturen auf.

Wir wollen unsere KMUs wettbewerbsfähig halten. Dafür wollen wir unter anderem Transformationskonzepte für klimafreundliche Produktion für mittelgroße Unternehmen fördern, ein Effizienz-Beratungsangebot für kleine Unternehmen, Konzepte zur Prozesswärme im produzierenden Gewerbe und beim Handwerk finanziell unterstützen, den Umstieg von Gas auf erneuerbare Energieträger mit einem Investitionszuschuss begleiten.

Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards erhalten die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und sind Voraussetzung für den digitalen Wandel. Jedes Jahr werden enorme wirtschaftliche Schäden durch Cyberattacken verursacht. Die Abwehr von Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage gehört für Unternehmen inzwischen zum Alltag. Es braucht Anreize, damit Unternehmen in ihren internen Strukturen Ansprechpersonen für Informationssicherheit einstellen, Notfallkonzepte vorhanden und Worst-Case-Szenarien vorbereitet sind. Für den Mittelstand wollen wir ein flächendeckendes Beratungsnetzwerk schaffen, um die Unternehmen gezielt bei der Umsetzung zu unterstützen. Die Wirtschaft braucht zentrale Ansprechpartner*innen: deshalb wollen wir eine zentrale Lotsenstelle einrichten, welche Unternehmen bei akuten Sicherheitsvorfällen und auch als Beratungsstelle zur Verfügung steht. Diese soll unabhängig gestaltet sein und bereits existierende Strukturen der Strafverfolgung ergänzen.

Auf geht´s! Pack mers an!

Jetzt gilt es, mutig die politischen Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit des bayerischen Mittelstands zu schaffen. Neben den oben genannten Maßnahmen braucht es endlich einen umfassenden Bürokratieabbau und eine effiziente Verwaltung als Wegbereiter für eine klimaneutrale Modernisierung unserer bayerischen Wirtschaft. Damit schaffen wir die Grundlage für Wohlstand, Gerechtigkeit und soziale Teilhabe. Dieser Wohlstand muss bei denen ankommen, die ihn erarbeiten. Faire Löhne, eine belastbare und bezahlbare soziale Infrastruktur, die Förderung von Lebensqualität und ökonomischen Chancen im ganzen Land sind auch wirtschaftliche Erfolgsfaktoren. Denn unser gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort und im ganzen Land macht uns alle stark. Packen wir es an und schreiben gemeinsam das nächste Kapitel in der Erfolgsgeschichte des Wirtschaftsstandort Bayerns.